



Rathaus Umschau

Donnerstag, 23. Mai 2024

Ausgabe 098

ru.muenchen.de

Als Newsletter oder Push-Nachricht

unter muenchen.de/ru-abo

Inhaltsverzeichnis

Meldungen	2
› Lebensraum Fluss: Spaziergang an der innerstädtischen Isar	2
› Filmmuseum zeigt zweiteiliges Nationalepos „Die Nibelungen“	2
Antworten auf Stadtratsanfragen	4
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	

Meldungen

Lebensraum Fluss: Spaziergang an der innerstädtischen Isar

(23.5.2024) Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung lädt am Samstag, 8. Juni, zu zwei Spaziergängen an der innerstädtischen Isar zwischen der Ludwigsbrücke und der Corneliusbrücke ein. Expert*innen der städtischen Verwaltung und des Deutschen Museums erläutern dabei unter anderem die Ansprüche von Menschen, Tieren und Pflanzen an die innerstädtische Isar, die Qualitäten der unterschiedlichen Freiräume sowie die jeweiligen Herausforderungen und Abhängigkeiten. Die Spaziergänge starten um 10 und 15 Uhr und dauern etwa eineinhalb Stunden. Treffpunkt ist jeweils an der Boschbrücke auf Höhe des Museumsshops. Aufgrund der zahlreichen Baustellen ist der Spaziergang nicht barrierefrei. Die Teilnahme ist nur mit Anmeldung möglich.

Neben den beiden Spaziergängen gibt es zwischen 10 und 17 Uhr die Möglichkeit, sich in einer kleinen Freiluftausstellung über die Isar-Rahmenplanung zu informieren.

Die Isar ist einer der prägendsten und beliebtesten Orte in München. Der einzigartige Landschaftsraum wird seit jeher als Freizeittreffpunkt, Erholungs- und Naturerlebnisort intensiv genutzt. Gleichzeitig ist die Isar wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen und hat einen großen Einfluss auf das Stadtklima. Die Vielzahl unterschiedlicher Ansprüche, Potenziale und Wünsche um die innerstädtische Isar wurden von Vertreter*innen verschiedener Fachstellen, Institutionen und Vereinen sowie der Stadtpolitik diskutiert und schließlich 2015 in einer Rahmenplanung festgehalten. Darin wurden insbesondere Ziele und Vorschläge für den Erhalt und die Entwicklung des etwa zwei Kilometer langen Isarabschnitts vereinbart – beispielsweise Promenaden, Brücken, Zugänge zum Wasser, mögliche Orte für Gastronomie und Veranstaltungen, aber auch Naturschutzbelange. Im Rahmen der sogenannten Flussrunde werden seitdem die Maßnahmen des Isar-Rahmenplans weiterentwickelt und abgestimmt.

Informationen zur innerstädtischen Isar und Anmeldung unter <https://stadt.muenchen.de/infos/gruenplanung-sonderplanungen.html>.

Filmmuseum zeigt zweiteiliges Nationalepos „Die Nibelungen“

(23.5.2024) Das Filmmuseum München, St.-Jakobs-Platz 1, zeigt am Sonntag, 26. Mai, 17 Uhr, in Kooperation mit der Ludwig-Maximilians-Universität MU und im Rahmen der Ringvorlesung „Nibelungen in Bewegung. Die Verfilmung der Heldensage im gesellschaftlichen Wandel“ das zweiteilige Nationalepos „Die Nibelungen I: Siegfried“ und „Die Nibelungen II: Kriem-

hilds Rache“ von Fritz Lang. Die Filme werden von Richard Siedhoff live am Flügel begleitet.

Das um 1200 entstandene Nibelungenlied ist die berühmteste Heldensage der mittelhochdeutschen Literatur. Das Epos, in dem der als unverwundbar geltende Drachentöter Siegfried dennoch getötet wird, worauf Königin Kriemhild Rache schwört und es zum Untergang Burgunds kommt, vereint Inhalte mehrerer Mythen und Sagen.

Fritz Langs zweiteilige Verfilmung entstand ab 1922 in zehnmonatiger Drehzeit während der inflationsgeschüttelten Frühphase der Weimarer Republik auf dem Neubabelsberger Gelände der Ufa. „Die Nibelungen“ entstanden ausschließlich im Studio, in künstlichen Welten, mit phantastischen Bauten, komplexen technischen Innovationen und kontrollierter Lichtsetzung. Die Produktionskosten waren immens hoch. So waren die Filme auf Einnahmen aus dem Ausland, vor allem aus Amerika, angewiesen. Doch „Die Nibelungen“ erwiesen sich als schwer verkäuflich. In Deutschland wurde das Prestigeprojekt der Ufa bei Publikum und Kritik dennoch zum großen Erfolg.

Der Eintritt kostet 9 Euro beziehungsweise 8 Euro bei Mitgliedschaft im Förderverein MFZ. Der Kartenvorverkauf ist online oder an der Abendkasse möglich, die 60 Minuten vor Vorstellungsbeginn öffnet. Es gibt keine Reservierungen. Das Kino des Filmmuseums ist rollstuhlgerecht zugänglich und mit einer Induktionsschleife für Hörgeschädigte ausgestattet.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 23. Mai 2024

Bessere Baustelleneinrichtung in der Regerstraße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 17.2.2023

„Zero Emission“ Elektromobilität stärken IV – Kommunale Ladelösungen anbieten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Nikolaus Gradl, Lars Mentrup, Christian Müller, Dr. Julia Schmitt-Thiel und Andreas Schuster (SPD/Volt-Fraktion) vom 4.8.2023

Tempo 30 um den Moosacher Bahnhof

Antrag Stadtrat Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 24.8.2023

Verstärkter Ausbau der Tages- und Nachtpflege für Seniorinnen und Senioren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 20.2.2024

Bessere Baustelleneinrichtung in der Regerstraße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 17.2.2023

Antwort Mobilitätsreferent Georg Dunkel:

Zuerst möchte ich mich für die verspätete Rückmeldung entschuldigen.

In Ihrem Antrag fordern Sie, dass die Verwaltung schnellstmöglich prüfen soll, inwieweit die Sperrung der Franziskaner- und Regerstraße anwohnerverträglicher durchgeführt werden kann. Sie fordern außerdem, dass die Verwaltung prüft, inwieweit eine Seite, etwa vom Rosenheimer Platz kommend bis zum Ostfriedhof offengehalten werden könnte.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Während der gesamten Baustellenzeit konnte in der Franziskaner- und Regerstraße eine Fahrspur für den Kfz-Verkehr in Fahrtrichtung Süden aufrecht erhalten bleiben.

Bei dem Neubau der Tramhaltestelle „Carl-Amery-Platz“ und der damit verbundenen Straßenumprofilierung war es aufgrund des großen Baustellenumfangs notwendig, die Durchfahrt in der Regerstraße zwischen der Hiendlmayrstraße und der Welfenstraße für den Kfz-Verkehr zu sperren. Die Zufahrt zu den anliegenden Geschäften wurde jedoch in jeder Bauphase gewährleistet. Zudem wurden große Hinweistafeln aufgestellt, die auf die geöffneten Geschäfte und die entsprechende Zufahrtsmöglichkeit hingewiesen haben. Auch die von Ihnen genannte Begegnungsstätte JoMa e.V. war jederzeit erreichbar.

Fußgänger*innen und Radfahrende wurden während der Bauarbeiten nur geringfügig eingeschränkt. Die Sperre an der Regerstraße galt beispielsweise nicht für Fußgänger*innen und Radfahrende. Bei der Planung wurde darauf geachtet, dass die vorhandenen Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen immer gewährleistet bleiben. Wo dies bautechnisch nicht möglich war, wurde an geeigneten Stellen mittels mobiler Ampelanlagen eine Querungshilfe geschaffen.



Die Baumaßnahme zwischen dem Rosenheimer Platz und der Regerstraße konnte zum 11.6.2023 abgeschlossen werden. Die Baumaßnahme in der Reger/Welfenstraße wird bis voraussichtlich Ende Juli bestehen bleiben. Der Betrieb der Tram konnte am 12.6.2023 wieder aufgenommen werden.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

„Zero Emission“ Elektromobilität stärken IV – Kommunale Ladelösungen anbieten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Nikolaus Gradl, Lars Mentrup, Christian Müller, Dr. Julia Schmitt-Thiel und Andreas Schuster (SPD/Volt-Fraktion) vom 4.8.2023

Antwort Kommunalreferentin Kristina Frank:

Mit Ihrem Antrag fordern Sie, *das das Kommunalreferat (KR) beauftragt wird, eine Lösung zu erarbeiten, wie städtische Mitarbeitende ihr Elektrofahrzeug an der Dienststelle verbrauchsabgerechnet laden können. Die bestehenden Ladepunkte könnten je nach Auslastung auch der unmittelbaren Nachbarschaft oder Kunden_innen zur Verfügung gestellt werden.*

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Zunächst möchte ich mich für die gewährte Fristverlängerung bedanken.

Zu Ihrem Antrag vom 4.8.2023 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Mit Beschluss des Stadtrats in der Vollversammlung (VV) vom 21.12.2022 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 08195) wurde die Möglichkeit des kostenlosen Ladens von privaten E-Fahrzeugen für städtische Mitarbeitende nicht verlängert. Ihr Antrag hat deshalb zum Ziel, dass städtische Ladesäulen für E-Fahrzeuge so umgerüstet werden, dass ein Laden für Bedienstete der Stadt gegen Bezahlung ermöglicht wird.

Derzeit sind die in den städtischen Dienststellen verbauten Ladestationen dazu allerdings nicht ausgestattet. Eine Nachrüstung dieser Stationen ist technisch nicht möglich. Durch die zunehmende Anzahl von dienstlichen E-Fahrzeugen ist aber absehbar, dass das bisherige System nicht mehr überall den technischen Anforderungen, insbesondere an das Elektro-Lastenmanagement, genügen wird und an diesen Standorten eine Umstellung auf neue Ladesysteme erforderlich wird.

Diese neuen – dann gemieteten und nicht mehr gekauften – Wallboxen sind technisch in der Lage, durch Optimierung des Abrechnungssystems künftig eine unmittelbare Abrechnung mittels SWM-Ladekarte beim E-Laden zwischen den Mitarbeitenden und der Stadtwerke München GmbH (SWM) zu ermöglichen. Dann haben die Mitarbeitenden an den von der Stadt gemieteten SWM-Ladestationen in städt. Gebäuden und Betriebs-

standorten die Möglichkeit, kostenpflichtig ihr eigenes E-Fahrzeug aufzuladen. Diese Option findet jedoch dadurch eine gewisse Einschränkung, dass nicht immer und an allen Standorten ausreichend Parkraum und Stellplätze zur Verfügung stehen, weshalb die vorrangig zu ladenden Dienstfahrzeuge priorisiert werden müssen.

Inwieweit die Umrüstung der alten Ladeinfrastruktur angezeigt ist und inwieweit die Abrechnung zwischen Mitarbeiter*innen und SWM wie erhofft funktioniert, wird das KR mit einem Pilotprojekt eruieren. Mit diesem Pilotversuch sollen das Nutzungsinteresse der Beschäftigten und die konkreten Umstellungskosten für die LHM eruiert werden. Für diesen Pilotversuch konnte das Referat für Arbeit und Wirtschaft (RAW) im Verwaltungsgelände Herzog-Wilhelm-Straße 15 gewonnen werden. Dieser Standort eignet sich besonders gut für einen Pilotversuch, da hier derzeit ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen sowie mehrere namentlich benannte Dienstkräfte bereit sind, sich eine SWM-Ladekarte zu besorgen und über ihre Erfahrungen zu berichten. Zudem steht das RAW als Betreuungsreferat der SWM im direkten Austausch mit dieser.

Darüber hinaus sind vor Erweiterung bzw. notwendigem Austausch die Restnutzungsdauer der vorhandenen Ladeinfrastruktur und die Wirtschaftlichkeit zu betrachten.

Sollte sich das neue Abrechnungssystem bewähren, werden beim Wechsel der Ladeinfrastruktur Wallboxen mit kostenpflichtiger Lademöglichkeit für städtische Dienstkräfte beschafft.

Bezüglich der Thematik der Nutzung von städtischen Stellplätzen dürfen wir auf die Beantwortung des Stadtratsantrags „Autoreduzierte Altstadt braucht Lösungen II – Städtische Stellplätze umnutzen“ Nr. 20-26/A 02982 von der SPD / Volt – Fraktion vom 28.07.2022 verweisen, bei der dieses Thema ausführlich behandelt wurde.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Tempo 30 um den Moosacher Bahnhof

Antrag Stadtrat Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 24.8.2023

Antwort Mobilitätsreferent Georg Dunkel:

Zunächst möchte ich mich für die verspätete Antwort entschuldigen.

Mit Ihrem Antrag vom 24.8.2023 forderten Sie das Mobilitätsreferat auf, am Moosacher Bahnhof eine Tempo 30-Zone einzurichten, die die Breslauer Straße, die Bunzlauer Straße, den Bunzlauer Platz und nach Möglichkeit die Großbeerenstraße umfasst.

Nach § 60 Abs. 9 Geschäftsordnung (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch den Vollzug der Straßenverkehrs-Ordnung und somit eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist.

Ich kann Ihnen zu Ihrem Antrag nach eingehender Prüfung folgendes Ergebnis mitteilen:

Der Ordnungsgeber ermöglicht in § 45 Abs. 1c Straßenverkehrsordnung (StVO) die Anordnung von Tempo 30-Zonen im Wortlaut: „Die Straßenverkehrsbehörden ordnen ... innerhalb geschlossener Ortschaften, insbesondere in Wohngebieten und Gebieten mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte sowie hohem Querungsbedarf, Tempo 30-Zonen an.“

Die Entscheidung über die Einrichtung von Tempo 30-Zonen ist also nach der Charakteristik eines Gebietes mit Fußgänger- und Radverkehrsdichte sowie hohem Querungsbedarf zu treffen.

Beim Bunzlauer Platz und der Bunzlauer Straße handelt es sich um das Moosacher Geschäftszentrum mit zahlreichen Geschäften des täglichen Lebensbedarfs, mehreren Hotels, dem Einkaufszentrum „Meile Moosach“ sowie um einen zentralen Verkehrsknoten mit Trambahn- und Bushaltestellen und den Zugängen zur U- und S-Bahn. Die Einführung von Tempo 30 wäre zweckdienlich, die Verkehrssicherheit aller vulnerablen Verkehrsteilnehmer*innen zu gewährleisten. In der Breslauer Straße und der Groß-



beerenstraße, in dem das gleiche Bestreben nach optimiertem Schutz besteht, überwiegt Wohnbebauung.

Aktuell und gesamthaft liegen die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Tempo 30-Zone für die Straßenzüge Breslauer Straße, Bunzlauer Straße, Bunzlauer Platz und Großbeerenstraße nach Einschätzung des Mobilitätsreferates vor.

Eingeleitet hat das Mobilitätsreferat bereits das vorgesehene Anhörungsverfahren vor Erlass von verkehrsrechtlichen Anordnungen. Der örtliche Bezirksausschuss 10 sowie die Polizei erhalten demnach Gelegenheit, sich zur geplanten Maßnahme zu äußern.

Nach Abschluss des Anhörungsverfahrens und Würdigung etwaig vorgebrachter Bedenken strebt das Mobilitätsreferat an, die Maßnahme durch Aufstellung der Tempo 30-Schilder durch das Baureferat zügig zu veranlassen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Verstärkter Ausbau der Tages- und Nachtpflege für Seniorinnen und Senioren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm, Heike Kainz und Rudolf Schabl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)
vom 20.2.2024

Antwort Sozialreferat:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Sie beantragen, sowohl die Angebote für die Tagespflege als auch für die Nachtpflege für die Münchner Seniorinnen und Senioren in den kommenden Jahren deutlich auszubauen.

Es handelt sich um eine laufende Angelegenheit und nicht um eine stadtratspflichtige Angelegenheit, da das Sozialreferat dem Münchner Stadtrat mit dem jährlichen Marktbericht Pflege, der wiederkehrenden Pflegebedarfsermittlung sowie mit der jährlichen Beschlussvorlage zur Investitionsförderung nach dem Ausführungsgesetz Sozialgesetze von teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege entsprechend berichtet.

Der Inhalt des Antrages betrifft deshalb eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 20.2.2024 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Die Zulassung von (ambulanten, teil- und vollstationären) Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege erfolgt durch Vertragsabschluss zwischen den Trägern der Pflegeeinrichtungen, den Sozialhilfeträgern und der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern. Somit hat die Landeshauptstadt München keinen direkten Einfluss auf die Ausgestaltung der Pflegelandschaft, was sie an entsprechenden Stellen wie dem Bayerischen und Deutschen Städtetag immer wieder moniert.

Über Flächensicherungen, öffentlichen Ausschreibungen der Flächen auf der Basis von Anforderungsprofilen, der Investitionsförderung und Initiativen auf Landes- und Bundesebene versucht das Sozialreferat entsprechende Entwicklungen zu befördern. So wurden die Leistungen der Tagespflege für die zu Pflegenden verbessert und die Dauer der Zweckbin-

derung der Investitionsförderung von 30 auf zehn Jahre verkürzt. Dies führt bis heute zu einem eigenständigen Ausbau der Tagespflege in München wie die Marktberichte Pflege des Sozialreferats ausweisen (siehe Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 10655).

Seit Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 sollte Nachtpflege ein fester Bestandteil der Versorgungslandschaft sein.

Wie die Pressemitteilungen und die Förderprogramme („PflegeSoNah“, „Gute Pflege in Bayern“) des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention zeigen, setzt sich das Ministerium für die Schaffung von Nachtpflegeangeboten ein. Jedoch gab es bis 2024 in Bayern keinen einzigen Nachtpflegeplatz, da keine Vertragsabschlüsse mit den Pflegekassen zustande kamen.

Das Sozialreferat ist bei der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassenverbände in Bayern (ARGE) selbst initiativ geworden, um sich auch für unterschiedliche Modelle der Nachtpflege (integriert in die vollstationäre Pflege, solitär oder im Anschluss an den Besuch der Tagespflege) Vertragsabschlüsse einzusetzen und die Entwicklung von solitären und eingestreuten Nachtpflegeplätzen mit Versorgungsvertrag nach SGB XI zu befördern. Aktuell erfolgt laut ARGE ein Modellprojekt zur Nachtpflege in Nordbayern, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sollen im Sommer 2024 vorliegen. Die Umsetzung steht aufgrund des Modellprojekts noch aus und soll Grundlage der bereits vorliegenden Anträge auf Vertragsabschlüsse verschiedener Träger bilden.

Die aktuelle Erhebung des Sozialreferats zur ambulanten Pflege in München umfasst auch die Frage nach dem Angebot von Nachtpflege, die in der eigenen Häuslichkeit erbracht wird. Der Bericht hierzu wird voraussichtlich Ende 2024 dem Münchner Stadtrat vorgelegt werden.

Ich hoffe, auf Ihr Anliegen hinreichend eingegangen zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 23. Mai 2024

Olympiapark und Anwohnende bei Großveranstaltungen entlasten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Beppo Brem, Mona Fuchs, Ursula Harper, Gunda Krauss, Sofie Langmeier, Gudrun Lux, Florian Schönemann, Christian Smolka, Sibylle Stöhr (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) und Simone Burger, Nikolaus Gradl, Anne Hübner, Lars Mentrup, Julia Schönfeld-Knor, Andreas Schuster, Felix Sproll (SPD/Volt-Fraktion)

Öffentlich einsehbare Prozessabläufe – Plattform schaffen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Grimm, Hans-Peter Mehling, Manuel Pretzl, Alexander Reissl, Sebastian Schall und Thomas Schmid (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Bebauungspläne – schneller und einfacher

Antrag Stadtrats-Mitglieder Hans Hammer, Heike Kainz, Winfried Kaum, Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Wie funktioniert Städtebau?

Antrag Stadtrats-Mitglieder Heike Kainz, Winfried Kaum, Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Vollzug der Stellplatzsatzung

Antrag Stadträte Hans-Peter Mehling und Alexander Reissl (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Auskunft Einstellung von Mitarbeitern über 50 Jahre und Anerkennen von ausländischen Zeugnissen

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)

Kontrolle und ggf. Wiederaufnahme der Bestreifung des Thalkirchner Friedhofs

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD)



**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, 23.05.2024

Olympiapark und Anwohnende bei Großveranstaltungen entlasten

Antrag

Um die Anwohnenden des Olympiaparks zu entlasten und einen geordneten Ablauf der Veranstaltungen zu gewährleisten, sollen die folgenden Punkte umgesetzt werden:

Die bestehende Regelung "Anwohner frei" in den umliegenden Wohngebieten soll durch das Kreisverwaltungsreferat bzw. durch das Mobilitätsreferat räumlich auf ein erweitertes Umfeld ausgeweitet werden (z.B. Winzererstraße/Hornstraße, Borstei, ...) und zeitlich über den gesamten Veranstaltungssommer gelten.

Die Olympiapark München GmbH (OMG) soll bis zum Sommer in Absprache mit dem Mobilitätsreferat und den Anbietern geordnete Abstellflächen für E-Scooter auf ihrem Gelände schaffen. Die Zufahrt auf das Gelände zur Nutzung der Abstellflächen soll von der OMG erlaubt werden (s. Fotos der aktuellen Situation im Umfeld des Parks).

Die Einfahrtsbeschränkung für den MIV am Spiridon-Louis-Ring und der Fahrradstraße am Willi-Gebhard-Ufer soll durchgesetzt werden.

Das Baureferat soll insbesondere im Wohngebiet Ackermannbogen das Beparken von Grünflächen und Baumgräben verhindern (z.B. Elisabeth-Kohn-Straße und Centa-Herker-Bogen, s. Fotos).

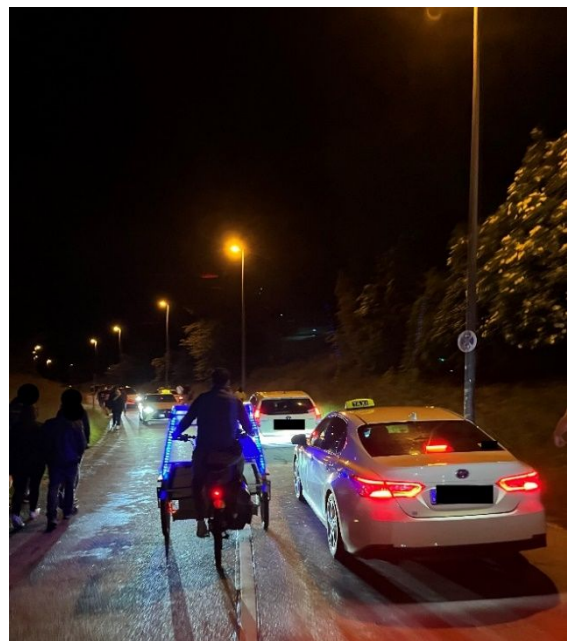
Auch im Umfeld der Allianz Arena (beispielsweise in der Werner-Heisenberg-Allee südlich der P+R Anlage) soll die Stadtverwaltung Maßnahmen zur Verbesserung beim bisher ungeordneten Abstellen von E-Scootern und zur Unterbindung von wildem Parken auf Gehbahnen und Grünflächen, etc. erarbeiten.

Begründung:

Der Olympiapark ist ein erfolgreicher und sehr beliebter Veranstaltungsort mitten in München. Um die Akzeptanz gerade von Großveranstaltungen zu erhalten, ist es wichtig die Belastung für die Anwohnenden des Olympiaparks möglichst gering zu halten und einen geordneten Ablauf der Veranstaltungen zu gewährleisten.

Dafür scheinen die im Antrag genannten Maßnahmen gut geeignet kurzfristig Verbesserungen zu schaffen. Denn sie erleichtern nicht nur das Hin- und Wegkommen zu den Events, sondern entlasten direkt die Anwohner*innen im Umfeld genau vor ihrer Haustür. Auch für insbesondere Fußgänger*innen die im bzw. im Umfeld des Olympiaparks unterwegs sind, werden die ihnen zur Verfügung stehenden Wege und Gehflächen mit den o.g. Maßnahmen geschützt und freigehalten.

Ähnliches gilt für das Umfeld der Allianz Arena.



Quelle: Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Florian Schönemann

Gudrun Lux

Paul Bickelbacher

Mona Fuchs

Sofie Langmeier

Christian Smolka

Gunda Krauss

Sibylle Stöhr

Beppo Brem

Ursula Harper

Mitglieder des Stadtrates

SPD/Volt-Fraktion

Andreas Schuster

Nikolaus Gradl

Simone Burger

Anne Hübner

Lars Mentrup

Felix Sproll

Julia Schönfeld-Knor

Mitglieder des Stadtrates

Antrag

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



23.05.2024

Öffentlich einsehbare Prozessabläufe – Plattform schaffen

Das IT-Referat schafft eine digitale Plattform, mit deren Hilfe die Fachreferate für die Bürgerinnen und Bürger einerseits ihre Prozesse transparent darstellen können. Sie bietet darüber hinaus Antragstellern die Möglichkeit, sich mittels eines sicheren Log-in über den aktuellen Status des eigenen Antrags im Prozessablauf zu informieren.

Begründung

Eine moderne Stadtverwaltung sollte ihren Bürgerinnen und Bürgern transparent und zu jeder Zeit einen sicheren und unkomplizierten Einblick gewähren, in welchem Bearbeitungsschritt sich ihr Antrag/ ihr Anliegen befindet. Das erhöht das Vertrauen in die Verwaltung und ermöglicht den Antragstellerinnen und Antragstellern abzuschätzen, wie lange die Bearbeitung noch dauern wird. Die Verwaltung hingegen kann sich wirkungs- und serviceorientiert präsentieren.

Manuel Pretzl (Initiative)
Fraktionsvorsitzender

Thomas Schmid
Stadtrat

Ulrike Grimm
Stadträtin

Alexander Reissl
Stadtrat

Sebastian Schall
Stadtrat

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



23.05.2024

Bebauungspläne – schneller und einfacher

Der Stadtrat beruft eine Kommission, die Vorschläge für die Verbesserung, Beschleunigung und Vereinfachung von Bebauungsplänen und Bauleitplanverfahren ausarbeitet. Neben Vertretern des Stadtrates und des Referates für Stadtplanung und Bauordnung werden auch Externe (Architekten/ Stadtplaner, Bauträger/ Entwickler/ Bestandshalter, Rechtsanwälte mit Erfahrung Bauplanungsrecht) berufen. Ziel ist, sowohl für die Satzungen selbst als auch für das Bauleitplanverfahren Vorschläge zur Vereinfachung, Beschleunigung und Verbesserung auszuarbeiten. Dabei wird dargestellt, welche Vorschläge die Stadt unmittelbar umsetzen kann, welche sich an den Bundesgesetzgeber und welche sich an den europäischen Gesetzgeber richten.

Begründung

Bebauungsplanverfahren dauern zu lange. Bis nach einem Aufstellungsbeschluss ein Bebauungsplan zur Satzung beschlossen wird vergehen häufig vier, fünf Jahre und mehr.

Die Bebauungspläne haben zumeist eine hohe Regelungsdichte.

Für Planungsbegünstigte ist ein Bebauungsplanverfahren mittlerweile sehr teuer.

Zur Erreichung der wohnungsbaupolitischen Ziele ist eine Überprüfung der Verfahren und der Bebauungspläne dringend erforderlich.

Alexander Reissl (Initiative)

Stadtrat

Winfried Kaum

Stadtrat

Heike Kainz

Stadträtin

Hans Hammer

Stadtrat

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



23.05.2024

Wie funktioniert Städtebau?

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, eine Stadtratsanhörung zum Thema Städtebau vorzubereiten.

In der Stadtgeschichte bis heute kann man den Städtebau in München verfolgen und bewerten. Und vielleicht kann man für die Entwicklung zukünftiger Entwicklungsgebiete daraus lernen.

Begründung

Was ist Architektur, was ist Städtebau? Was muss der Städtebau leisten, dass Stadt in einem Entwicklungsgebiet entsteht und funktioniert?

Bei der Betrachtung des einen oder anderen Entwicklungsgebietes der jüngeren Vergangenheit kommen Zweifel auf, ob diese Aufgabe des Städtebaus erfüllt ist.

Alexander Reissl (Initiative)

Stadtrat

Winfried Kaum

Stadtrat

Heike Kainz

Stadträtin

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

ANTRAG

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



23.05.2024

Vollzug der Stellplatzsatzung

Bei Bauanträgen auf Grundstücken, die bereits bebaut sind, müssen nur Stellplätze nachgewiesen werden, die durch Nutzungsänderung oder Mehrung von Nutzungsflächen ausgelöst werden. Auf den Nachweis von Stellplätzen für die bestehende (Sanierung) bzw. alte Nutzung (Ersatzneubau) wird verzichtet.

Begründung

Grundsätzlich ist die Stellplatzsatzung anzuwenden, die ausgelösten Stellplätze sind nachzuweisen. Allerdings gibt es viele bebaute Grundstücke in der Stadt, die wegen alter Nutzungen keine Stellplätze haben. Im Fall von Ersatzneubau oder grundlegender Sanierung verlangt die Bauordnungsbehörde den vollständigen Stellplatznachweis wie auf einem Grundstück, das erstmals bebaut wird. Das ist unbillig.

Alexander Reissl (Initiative)

Stadtrat

Hans-Peter Mehling

Stadtrat

Anfrage



Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 22.05.2024

Auskunft Einstellung von Mitarbeitern über 50 Jahre und Anerkennen von ausländischen Zeugnissen

Bei der Stadtverwaltung stehen viele Stellen offen. Es herrscht Fachkräfte- und Nachwuchsmangel. Gleichzeitig sind viele ältere Personen arbeitslos und finden keine Neuanstellung mehr. Ebenso befinden sich ausländische Arbeitnehmer in der Stadt, die z. B. als Krankenschwester ausgebildet wurden, deren Zertifikate hier aber nicht anerkannt werden.

Der Oberbürgermeister wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Arbeitnehmer über 50 Jahre wurden in den letzten fünf Jahren von der LHM angestellt (bitte nach Jahren 2020-2024 aufliedern)?
2. Wie viele Arbeitnehmer mit ausländischen Zertifikaten haben sich beworben?
 - a. Wie viele davon wurden eingestellt?
 - b. Wie viele wurden wegen Nichtanerkennung der Nachweise abgelehnt?
 - c. Gab es bei den nicht anerkannt Qualifizierten eine Beratung z. B. hinsichtlich Schulungsmaßnahmen zur Erlangung der Anerkennung von Zertifikaten, um doch eine Einstellung ermöglichen zu können?
 - d. Wenn nein, warum nicht?
 - e. Organisiert das Personalbüro der Stadt Probearbeitstage?
 - f. Findet eine Zusammenarbeit mit dem Jobcenter statt mit z. B. gezielten Empfehlungen bzgl. der in 2.c und 2.e genannten Maßnahmen?

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat

Antrag

Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter
Rathaus
80331 München



München, 22.05.2024

Kontrolle und ggf. Wiederaufnahme der Bestreifung des Thalkirchner Friedhofs

Der Stadtrat möge beschließen:

Die zuständigen Referate berichten über die Situation im Alten Nördlichen Friedhof und Alten Südlichen Friedhof. Dies umfasst auch einen Bericht hinsichtlich der Durchführung und die Wirksamkeit der Bestreifung desselben seit dem Jahr 2021. Sofern diese nicht mehr durchgeführt wird, wird der erneuten Bestreifung zugestimmt. Die zuständigen Referate erarbeiten hierzu die notwendige Entscheidungsvorlage und kümmern sich um die Anträge zur finanziellen und praktischen Umsetzung.

Begründung:

Die Situation im Thalkirchner Friedhof ist laut Rückmeldungen von Anwohnern wieder ähnlich, wie im Jahr 2019 festgestellt wurde. Damals wurde mit der Vorlage Nr. 14-20 / V 15863 ein Bestreifungsdienst für den Alten Nördlichen Friedhof und den Alten Südlichen Friedhof beschlossen.

Die Bestreifung sollte laut dieser Vorlage dauerhaft durchgeführt werden. Offensichtlich gibt es aber wieder erhebliche Probleme in diesem Friedhof. Es werden erneut Drogen und sexuelle Dienstleistungen angeboten, wodurch sich die Anwohner, die den Friedhof als Erholungsraum nutzen, gestört fühlen.

Entweder funktioniert die präventive Abschreckung durch die Bestreifung nicht oder diese wurde eingestellt. Dementsprechend wird ein Bericht und eine wirksame Bestreifung dieses Erholungsgebietes verlangt.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat